

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 5

Artikel: Europas neue kapitalistische Revolution : verändert der "europäische Binnenmarkt" die Rahmenbedingungen für christliches Handeln in der Gesellschaft?
Autor: Darmstädter Religiöse Sozialisten
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143540>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europas neue kapitalistische Revolution

Verändert der «europäische Binnenmarkt» die Rahmenbedingungen für christliches Handeln in der Gesellschaft?

Vorbemerkung: der EG-Binnenmarkt – das «neue» Europa?

Im Jahre 1917 – während des Umbruchs Europas zur Zeit des Ersten Weltkriegs – veröffentlichte Leonhard Ragaz sein Buch «*Die neue Schweiz*». Für Ragaz war diese Zeit der Krise und des Umbruchs zugleich eine Zeit, die neue Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung eröffnete. Die Schweiz mit ihren vier Sprachen – deutsch, französisch, italienisch und rätoromanisch – sollte in der Vision von Ragaz mehr sein als ein kapitalistisches Land, in dem allein das Geld regiert. Die «neue Schweiz» sollte sich an anderen Zielen ausrichten: am Ziel demokratischer Partizipation und sozialer Gerechtigkeit, am Ziel der Achtung vor der Schöpfung, am Ziel vielseitiger kultureller Kreativität, am Ziel eines genossenschaftlichen Lebens.

Heute steht Europa wiederum vor einem Umbruch: Der EG-Binnenmarkt wird eine Vielzahl von einschneidenden Veränderungen mit sich bringen. Ist dieser Binnenmarkt ein «neues» Europa? Ist er das «neue» Europa der demokratischen Partizipation, der sozialen Gerechtigkeit, der Achtung vor der Schöpfung? Ist er das «neue» Europa der vielseitigen kulturellen Kreativität, das Europa eines genossenschaftlichen Lebens und der gegenseitigen Hilfe? Oder ist der EG-Binnenmarkt statt eines «neuen» Europa nur eine «modernisierte» Form des bisherigen: ein Europa der Grossindustrie, des Kapitals und des Kommerzes, ein Europa des Geldes?

Das Europa des EG-Binnenmarktes kommt. Es wird ein massgeblicher Horizont sein, in dem christliche Praxis sich abspielt; der EG-Binnenmarkt setzt Rahmenbedingungen auch für christliches Handeln.

1. Der Sinn des «europäischen Binnenmarktes»: Nummer eins auf dem Weltmarkt

a) Das Konzept der EG-Kommission

Entscheidender Massstab in der Konzeption der EG-Kommission ist die Konkurrenzfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt. Nur mit einem Binnenmarkt «ohne Grenzen» kann Europa den Konkurrenzkampf mit den USA und Japan erfolgreich bestehen. Ohne einen echten Binnenmarkt (mit allen Konsequenzen) wird Europa hinter den beiden anderen kapitalistischen Metropolen zurückbleiben, mit allen negativen Folgen für Wohlstand und Lebensstandard der europäischen Bevölkerung. Ein europäischer Binnenmarkt mit *320 Millionen Menschen* wäre der grösste Binnenmarkt der Welt und hätte die besten Chancen, die USA und Japan ökonomisch zu überflügeln. Ein solcher ökonomischer Erfolg würde für die gesamte europäische Bevölkerung wohlstandssteigernd wirken. Von daher ist der europäische Binnenmarkt für die EG-Kommission eine vernünftige Zielsetzung; Kritik daran ist nur Ausdruck von mangelnder Weitsicht.

Der europäische Binnenmarkt fördert die Zusammenarbeit europäischer Unternehmen bei Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Waren und Dienstleistungen. Durch die Beseitigung aller «Grenzen» zwischen den EG-Ländern sollen die Kosten für Entwicklung, Produktion und Vertrieb von Waren und Dienstleistungen gesenkt und deren Absatzchancen vergrössert werden. Bei ihren Plänen hat die EG-Kommission faktisch die Grossindustrie im Auge. Für die Grossindustrie würden sich in der Tat aus dem Binnenmarkt grosse Vorteile ergeben, z. B. für die Autoindustrie, die Luftfahrtindustrie, die Energieindustrie, die

Elektronikindustrie, die Rüstungsindustrie.

Aufgabe der EG-Kommission als zentraler staatlicher Behörde ist es dabei, für die kooperierende europäische Grossindustrie günstige politische Rahmenbedingungen zu schaffen. Um auf dem Weltmarkt erfolgreich zu sein, d.h. als «Nummer eins» sich durchsetzen zu können, bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen der Grossindustrie und den staatlichen Institutionen. Insofern strebt die EG-Kommission eine Wirtschaftsform an, die als *staatsmonopolistischer Kapitalismus* zu charakterisieren wäre.

b) Die Politik der EG-Kommission

Die EG-Kommission – und die mit ihr verbundene Grossindustrie – ist sich natürlich bewusst, dass sich eine solche, in mancher Beziehung revolutionäre Neuordnung Europas nur schrittweise durchsetzen lässt. Ihr ist durchaus klar, dass die Interessen der Grossindustrie nicht ohne weiteres mit den Interessen der Landwirtschaft, des Handwerks, der Kleinindustrie, der öffentlichen Bediensteten, der Kultureinrichtungen, der Umweltschutzverbände, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer identisch sind. Würden die Konsequenzen, die der EG-Binnenmarkt mit sich bringt, bereits im Vorfeld offen diskutiert, dann würde die Opposition gegen das geplante «Binnenmarkt-Europa» in einem unerwünschten Ausmass gefördert. Deshalb werden diese Konsequenzen häufig wortreich verschleiert. Statt dessen wird – nicht ungeschickt – eine Politik der *vollendeten Tatsachen* auf den Weg gebracht. Dabei besteht der strategische Ansatzpunkt in dem Grundsatz: Was in einem der EG-Mitgliedsländer rechtlich anerkannt ist, muss auch in den anderen Mitgliedsländern akzeptiert werden. Zentral festgelegt werden sollen zunächst nur Mindeststandards bei technischen Sicherheitsnormen und bei Gesundheitsnormen (einschliesslich Umweltnormen). Bereits bei diesem Minimalprogramm zentraler Festlegungen müssen in jedem Mitgliedsland etwa 300 nationale Gesetze an die EG-Regeln angepasst werden.

Die mit dem ersten Schritt verbundene Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen zieht die Notwendig-

keiten weiterer *Harmonisierungen* nach sich. Das betrifft vor allem die Währungsunion und eine Vereinheitlichung des Steuerrechts, Harmonisierungen im Bereich der Ausbildungsgänge und der Berufsausübung. Damit verknüpft ist eine Ausweitung der Einflussnahme des Europaparlaments und vor allem die wachsende Bedeutung des Europäischen Gerichtshofs, der auch ohne entsprechende Europa-Gesetze Verordnungen der EG-Kommission Rechtskraft verleihen kann. Langfristig betrachtet bedeutet dies alles: Immer mehr ökonomische, politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen werden auf der europäischen Zentralebene gesetzt. Innerhalb dieser allgemeinen Rahmensetzungen wird es freilich weiterhin eine Vielzahl nationaler und regionaler Besonderheiten geben.

c) Das bundesdeutsche Konzept

Die bundesdeutsche Grossindustrie und die mit ihr verbundenen politischen Kräfte (vor allem CDU/CSU und FDP) befürworten die Zielsetzung des europäischen Binnenmarktes ohne Einschränkung. Der Binnenmarkt mit seinen Kooperationsmöglichkeiten verbessert die Marktchancen der westdeutschen Grossindustrie durch eine kostensparende kooperative Arbeitsteilung in Europa. Dennoch gibt es Vorbehalte gegenüber einzelnen Teilen des Konzepts der EG-Kommission. Befürchtet wird, dass die Konzeption der EG-Kommission die ökonomische Vormachtstellung der westdeutschen Industrie aufweicht und andere EG-Länder bevorzugt fördert. Zudem ist die westdeutsche Industrie, die fast die Hälfte ihrer Exporte in Drittländer ausführt, stärker an einer Öffnung des EG-Binnenmarktes zum Weltmarkt interessiert, als es im Konzept der EG-Kommission veranschlagt ist. Die Vorbehalte zeigen sich z.B. in Sachen *Währungsunion*. Man ist grundsätzlich für die Währungsunion, möchte aber zugleich die deutsche Leitrolle beibehalten. Denn im jetzigen Zustand hat die D-Mark die Funktion der europäischen Leitwährung, die Deutsche Bundesbank ist die massgebliche europäische Zentralbank. Diese Konstellation hat für die westdeutsche Grossindustrie viele Vorteile, weil diese so ihre entscheidenden Interessen durchsetzen kann. Bei einer eu-

ropäischen Währungsunion würde die leitende Funktion der Bundesbank durch eine europäische Institution aufgehoben, die die besonderen Interessen der deutschen Grossindustrie weniger bevorzugt berücksichtigen wird. Deshalb soll die Verwirklichung des Konzeptes der EG-Kommission zur Währungsunion nach Möglichkeit umgangen werden.

Die bundesdeutsche Strategie besagt: Die Elemente des Binnenmarktes, die mit den eigenen Interessen weitgehend deckungsgleich sind, sollen möglichst zügig realisiert werden; die Bestandteile, die den eigenen Interessen nur teilweise entsprechen, sollen zunächst einmal zurückgestellt werden. Da alle EG-Mitgliedsländer eine ähnliche Strategie verfolgen dürften, wird sich die konkrete Ausgestaltung des Binnenmarktes als ein permanentes *Gerangel* der verschiedenen ökonomischen und politischen Interessenkonstellationen gestalten.

2. Der Kampf der kapitalistischen Metropolen um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt

a) Der vorläufige Sieg der kapitalistischen Revolution und der Zerfall des «real existierenden Sozialismus»

Die Zielsetzung, den europäischen Binnenmarkt zur «Nummer eins» auf dem Weltmarkt zu machen, scheint angesichts der gegenwärtigen weltpolitischen Veränderungen nicht unrealistisch zu sein. Wir erleben den Zerfall des ökonomischen Systems des «real existierenden Sozialismus». Polen und Ungarn wollen kapitalistische Wirtschaftsstrukturen einführen, um aus dem eingetretenen ökonomischen Bankrott herauszufinden. Bulgarien und Rumänien haben sich mit dem Status eines unterentwickelten Landes abgefunden. Die Sowjetunion bemüht sich verzweifelt, durch eine «Modernisierung» der Wirtschaft dem ökonomischen und politischen Bankrott zu entgehen. Der kapitalistische Westen, vor allem Westeuropa, soll dabei helfen. Polens Gewerkschaftsführer Lech Walesa träumt von einem «Marshall-Plan» des Westens für Osteuropa. Die kapitalistische Revolution hat das ökonomische System des «real existierenden Sozialismus» besiegt. Der

kapitalistische Weltmarkt mit seinen drei Metropolen USA, Japan und Westeuropa diktiert die Abläufe der Weltwirtschaft – und damit letztlich auch der Weltpolitik. Damit *verschwindet das einzige Gegengewicht zum Weltkapitalismus*, der nun wieder – wie bis 1917 – eine Art von ökonomisch-politischem Monopol erhält. Aus dem Gegensatz zwischen «West» und «Ost» wird ein Gegensatz zwischen den drei kapitalistischen Metropolen, die um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt kämpfen.

Dieser Sieg der kapitalistischen Revolution bringt die vollständige *Dominanz des Ökonomischen über das Politische* mit sich. Handelte es sich bei dem bisherigen Ost-West-Gegensatz massgeblich um einen gesellschaftlich-politischen Gegensatz, so stellt sich die Auseinandersetzung zwischen den drei kapitalistischen Metropolen um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt ausschliesslich als ökonomisch-politischer Wettkampf dar, in dem es ökonomische Sieger und Verlierer gibt. Das politische Handeln ist einzig darauf abgestellt, selber Sieger auf dem Weltmarkt zu sein. Dieser ökonomischen Zielsetzung ist alles politische Handeln untergeordnet.

b) Die Herausbildung eines europäisch-eurasischen Wirtschaftsblocks

Es zeichnet sich ab, dass der «real existierende Sozialismus» als eigenständiger und unabhängiger Wirtschaftsblock nicht mehr bestehen wird. Dies wird weitgehende Konsequenzen für die Weltwirtschaft und die Weltpolitik haben. Der *Ost-West-Konflikt* wird an Bedeutung verlieren; an die Stelle des Ost-West-Konflikts tritt die *Interessenkollision der drei kapitalistischen Metropolen USA, Japan und Westeuropa*. Der Ostblock wird sich an eine der drei kapitalistischen Metropolen anlehnen müssen, um aus der ökonomischen Misere herauszufinden. Für die kapitalistischen Metropolen ist der Ostblock als ökonomischer und politischer Partner durchaus interessant. Die UdSSR verfügt über erhebliche und wertvolle Rohstoffe und ist auf Grund ihrer Bevölkerungszahl ein gewichtiger Absatzmarkt; die DDR verfügt in Teilbereichen über fortgeschrittene technologische Kapazitäten, auch Ungarn und die Tschechoslowakei sind als

Marktpartner durchaus entwicklungsfähig. Als ökonomischer «Hinterhof» sind auch Polen und Jugoslawien für die EG nicht ohne Bedeutung.

Gorbatschows Konzept vom «*europäischen Haus*» deutet darauf hin, dass die UdSSR (und die meisten anderen Oststaaten) vorrangig mit der EG zusammenarbeiten wollen. Zu einer solchen Zusammenarbeit gehören erhebliche Investitionen der EG-Länder im Ostblock. Wenn es dazu kommt, kann sich ein europäisch-eurasischer Wirtschaftsblock herausbilden, der auf dem Weltmarkt sicher dominant wäre. Offen bleibt dabei, ob die USA die Herausbildung eines derartigen Wirtschaftsblocks widerstandslos hinnehmen würden.

Vom Zusammenbruch der ökonomischen und politischen Ordnung in Osteuropa wird die Bundesrepublik in sehr starkem Masse profitieren. Das gilt ganz besonders vom Zusammenbruch der bisherigen ökonomischen und politischen Ordnung in der DDR, der zu einer deutlichen Vormachtstellung des westdeutschen Kapitalismus im Binnenmarkt-Europa führen wird.

c) *Die kapitalistischen Metropolen und die «Dritte Welt»*

Ziel jeder der drei kapitalistischen Metropolen wird es sein, möglichst grosse Teile der Welt in ihre ökonomische und politische *Abhängigkeit* zu bringen. «Schwellenländer» und «Entwicklungsländer» sind – in unterschiedlicher Weise – als Absatzmärkte, Rohstofflieferanten und Abfallentsorgungsräume interessant. Bedeutsam sind diese Länder zudem dadurch, dass die Grossindustrie hier Experimente vornehmen kann, die aus Sicherheitserwägungen, aus ökologischen oder sozialetischen Erwägungen in den Ländern der Metropolen (noch!?) untersagt sind (z.B. gentechnologische Experimente am Menschen).

Eine umfassende Entwicklung jener Ländergruppen liegt dabei auch gar nicht im Interesse der Metropolen. Die umfangreichen Kreditprogramme der beiden letzten Jahrzehnte haben die grundlegende Misere der weniger entwickelten Länder nicht verändert. Diese Länder sind vielmehr so stark verschuldet, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Kredite zurückzuzahlen. Sie müs-

sen alle ihre wirtschaftlichen Anstrengungen darauf richten, wenigstens ihre *Schuldzinsen bedienen* zu können. Die kapitalistischen Metropolen werden deshalb nur ein Interesse an bestimmten Sektoren der Ökonomie der weniger entwickelten Länder haben. Auf die wirtschaftliche Gesamtverfassung dieser Länder werden sie nur wenig Augenmerk richten, solange – durch Einflussnahme auf die Oberschichten – die ökonomische und politische Abhängigkeit bestehen bleibt. Die Oberschichten in den wenig entwickelten Ländern werden versuchen, Privilegien für sich selbst zu erreichen, indem sie der «meistbietenden» kapitalistischen Metropole Vorteile einräumen.

Im Endergebnis wird die gesamte Erde in *Einflusssphären der drei kapitalistischen Metropolen* aufgeteilt; eine Ähnlichkeit mit dem imperialistisch-kolonialistischen Zustand von vor 1917 ist nicht zu verkennen.

d) *Sieger und Opfer des kapitalistischen Weltmarktes*

1. Der Fortgang ökologischer Zerstörungen

Die kapitalistische Wirtschaftsform beruht – wie schon Karl Marx erkannte – auf der *Ausbeutung des Menschen* und auf der *Ausbeutung der Natur*. Die Natur ist eine «Ware» wie andere «Waren» – und wird dementsprechend «gehandelt». Der Erdboden ist eine Ware, die nach Marktgesetzen genutzt wird; das gleiche gilt für Wälder, Gebirge, Wasserläufe, für die Tiere und die Pflanzen. Die Tiere – Mitgeschöpfe der Menschen – werden zu «Sachen» in der allgegenwärtigen Nutzen-Kosten-Rechnung. Die Natur wird instrumentalisiert; zwischen Mensch und Natur herrscht die gleiche Entfremdung und Verdinglichung wie zwischen den Menschen.

Wo die Ökologie dergestalt dem *Diktat der Ökonomie* unterworfen wird, wird die Natur den Zufälligkeiten der jeweiligen wirtschaftlichen Interessen geopfert. Unter der Dominanz ökonomischer Interessen wird weder das Eigenrecht der Natur respektiert, noch ist eine langfristige ökologische Planung möglich. Vorrang ökonomischer Interessen heisst zumeist: Durchsetzung kurzfristiger partikularer betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte. Zwar sorgt die

«Notvernunft» (Edgar Thaidigsmann) des Kapitalismus dafür, dass bestimmte schwerwiegende ökologische Schädigungen wieder repariert werden; diesen Teilreparaturen stehen jedoch fortschreitende Schädigungen an vielen anderen Punkten gegenüber.

Auch die Konzepte für den EG-Binnenmarkt gehen von der vollständigen Dominanz der Ökonomie über die Ökologie aus; die Ökologie ist Manövriermasse im Kampf um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt. Mit dieser rein *instrumentalistischen Sicht der Ökologie* handelt die EG-Kommission innerhalb der «Logik» des europäischen Binnenmarktes konsequent.

Da eine Änderung der bisherigen Wirtschaftsweise somit nicht zu erwarten ist, bleiben die Prognosen des US-amerikanischen Umweltreports «*Global 2000*» aus dem Jahr 1980 weiterhin gültig. Danach ist mit globalen Klimaveränderungen («Treibhauseffekt»), Ausbreitung von Wüstengebieten (Verringerung der landwirtschaftlichen Anbauflächen und der ökologischen Gleichgewichtszonen), Knappheit an Wasser und Verseuchung wachsender Land- und Wasserregionen (durch zunehmenden Schadstoffausstoss und immer grössere Abfallmengen) zu rechnen. Dadurch werden sich die ökologischen Voraussetzungen der Lebensbedingungen auf der Erde erheblich verschlechtern. Die reichen Länder werden diese negativen Auswirkungen so weit wie möglich in die ärmeren Regionen zu exportieren versuchen. Daher ist in den ärmeren Regionen der Erde mit erheblichen ökologischen Teilkatastrophen zu rechnen, die sehr viel Leid und Elend mit sich bringen werden. Doch auch in den reichen Ländern sind ökologische Teilkatastrophen nicht auszuschliessen (z.B. «Unfälle» in Atomkraftwerken).

Der ökonomisch bedingte Fortgang ökologischer Zerstörungen wird grosse Teile der Natur und viele Millionen Menschen zu Opfern der kapitalistischen Revolution machen.

2. Sieger und Opfer in den kapitalistischen Metropolen

Die Bevölkerung in den kapitalistischen Metropolen wird sicherlich in vieler Beziehung

zu den Siegern der wirtschaftlichen Entwicklung gehören. Der EG-Binnenmarkt wird die angestrebte *Wohlstandsmehrung* für einen grossen Teil der westeuropäischen Bevölkerung mit sich bringen. Auch wird es – in dieser oder jener Weise – zu einer EG-Sozialcharta kommen, die soziale Standards festlegt, die über dem heutigen Sozialniveau eines nicht geringen Teils der EG-Bevölkerung liegen. Für die zurückgebliebenen EG-Regionen und -Branchen wird es staatliche Hilfsprogramme geben.

Im Umweltbereich werden die Metropolen die Schäden soweit wie möglich in die ärmeren Regionen exportieren. Da «Wirtschaftswachstum» nach aller Erfahrung auch ökologisches *Zerstörungswachstum* mit sich bringt, besteht auch in den Metropolen das Risiko ökologischer Teilkatastrophen.

Eine Bevölkerungsminorität, die regional durchaus die Mehrheit sein kann, wird auch in den Metropolen zu den Opfern zählen: die sog. Leistungsschwachen, die mit den wachsenden Anforderungen der kapitalistischen «Innovationsgesellschaft» nicht fertig werden. Auch in den Metropolen wird es *verelendete Gebiete und Bevölkerungsteile* geben.

3. Sieger und Opfer in den Oststaaten

Die ökonomischen Umstellungen in den Oststaaten werden zu erheblichen *gesellschaftlichen Verwerfungen* führen. Der Lebensstandard wird in den zurückgebliebenen Oststaaten weiter sinken. Angesichts der Unrentabilität vieler Betriebe und Branchen wird die Arbeitslosigkeit einen erheblichen Umfang annehmen. Die (sicherlich nicht vielen) Branchen, die zum Weltmarktniveau aufschliessen, können die entstandenen Defizite nicht auffangen. Ein Land wie Polen wird Schwierigkeiten haben, wenigstens die Zinslast für die Schulden im Westen bezahlen zu können. Zudem kommen auf die Ostländer die Reparaturkosten für die nicht geringen Umweltzerstörungen zu.

Der Westen wird nur in wirtschaftlichen Bereichen Geld investieren, wo wirtschaftliche Gewinne zu erwarten sind, oder in Zusammenhängen, die deutliche politische Vorteile versprechen.

So ist zu erwarten, dass die Mehrheit der Menschen in den Oststaaten eher zu den Opfern des neuen Entwicklungsschubes der

kapitalistischen Revolution gehört. Nur die Minderheit, die in weltmarktrelevanten Produktionszweigen tätig ist, wird zu den Siegern gehören. Mithin wird in den Oststaaten früher oder später die *kapitalistische Klassengesellschaft* wiederentstehen.

4. Sieger und Opfer in der «Dritten Welt»

Die Länder der «Dritten Welt» (und auch viele «Schwellenländer») sind im grossen und ganzen *blosse Objekte* der ökonomischen Interessen der kapitalistischen Metropolen. Als Subjekte der Weltwirtschaft und der Weltpolitik treten sie nicht in Erscheinung. Auf Grund ihrer hohen Verschuldung sind sie von den kapitalistischen Metropolen vollkommen abhängig. Die kapitalistischen Metropolen werden ihre Machtposition dazu ausnutzen, die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Revolution auf die «Dritte Welt» abzuwälzen, also: Produktionsformen mit grossen Umweltschädigungen, gentechnologische Experimente, Müllexport, Mangelerscheinungen (bei Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Futtermitteln, Blutkonserven, Organspenden usw.).

Nur die Oberschichten in den Ländern der «Dritten Welt», die die Interessen der Metropolen politisch umsetzen, werden zu den Siegern der kapitalistischen Revolution gehören; die *grosse Mehrheit* der Bevölkerung in den Ländern der «Dritten Welt» – also die Mehrheit der Menschheit! – wird zu den *Opfern* gehören, zu den Opfern ökonomischer, sozialer und ökologischer Verelendungen und Teilkatastrophen.

Dieses Resultat entspricht der inneren Logik des Kapitalismus, der in allen seinen Entwicklungsstadien – in unterschiedlicher Ausprägung – eine Minderheit von Siegern und zugleich eine Mehrheit von Opfern produziert.

3. Global denken – lokal handeln – christliche Praxis im europäischen Binnenmarkt

Die Herausbildung des europäischen Binnenmarktes ist Bestandteil des neuen Entwicklungsschubes der kapitalistischen Revolution; der EG-Binnenmarkt ist Ausdruck einer Neuformierung des kapitalistischen Weltmarktes. Es stellt sich die Frage, in-

wieweit der EG-Binnenmarkt neue Rahmenbedingungen für ein politisches Handeln von Christinnen und Christen in den westeuropäischen Ländern setzt.

a) Lokale und regionale Widerstandsmöglichkeiten stärken

Angesichts der zu erwartenden Zentralisierung von ökonomischen und politischen Weichenstellungen wird sich die verbleibende politische Mitbestimmung der Bevölkerung massgeblich im Bereich der *Kommunal- und Regionalpolitik* abspielen. Die Kommunal- und Regionalpolitik geschieht zwar innerhalb der zentral vorgegebenen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, dennoch gibt es «vor Ort» immer noch bestimmte Handlungsspielräume, die die konkrete Lebensqualität mitprägen. Umweltgruppen, Friedensinitiativen, «Dritte-Welt»-Gruppen, Asylinitiativen usw. können die politische Situation hier beeinflussen.

Neben dem ausserparlamentarischen Engagement kann auch *parlamentarische Arbeit* Akzente zugunsten einer sozialökologischen Praxis setzen. Zielsetzung eines solchen Engagements muss es sein, die realen Lebensbedürfnisse der Menschen gegenüber den Machtinteressen übergeordneter ökonomischer und politischer Instanzen zur Geltung zu bringen: «Politik von unten» gegen «Politik von oben».

b) Ökonomische Perspektiven der Schattenwirtschaft

Die EG-Kommission betrachtet die verstärkte Hinwendung zur kostengünstigen Grosserienproduktion in möglichst vielen Bereichen als einen Vorzug des Binnenmarktes. Diese Vereinheitlichung der Produktion bedeutet eine weitgehende *Normierung der Bedürfnisse* der Menschen: Es kann nur das – einigermassen erschwinglich – erworben werden, was profitabel in Grosserie produziert werden kann. Es werden z.B. nur solche Bücher produziert, die als «Bestseller» verdächtig sind. Bücher mit kleiner Auflage sind für den normal verdienenden Menschen nicht bezahlbar.

In der Konsequenz verschwindet ein nicht geringer Ausschnitt literarischer Pro-

duktion vom kapitalistischen Buchmarkt und etabliert sich als «Schattenwirtschaft» mit eigenen Produktions- und Vertriebsformen. Entsprechende Entwicklungen gibt es in vielen wirtschaftlichen Bereichen. Angesichts der gleichschaltenden Wirkungen der vereinheitlichten Grosserienproduktion wird die Bedeutung der Schattenwirtschaft als Ort differenzierter Bedürfnisbefriedigung wachsen. Aufgabe von Christinnen und Christen wird es sein, bei der Herausbildung einer solchen Schattenwirtschaft mitzuwirken.

c) Europäische Zusammenarbeit der Genossenschaftsbewegungen

Die Genossenschaftsbewegung hat in den letzten Jahren einen gewissen Wiederaufschwung erlebt. Es sind

- Verbrauchergenossenschaften
- landwirtschaftliche Vertriebsgenossenschaften
- Handwerksgenossenschaften
- Druckereigenossenschaften
- Dienstleistungsgenossenschaften
- Studiengenossenschaften
- «Dritte-Welt»-Vertriebsgenossenschaften
- Schulgenossenschaften («freie Reformschulen»)

u.a. entstanden, die sich einer Alternative zur bestehenden Wirtschaftsweise verpflichtet fühlen. Es gibt Ansätze zu einer *Vernetzung* solcher selbstverwalteter Genossenschaften. Diese Bestrebungen gilt es zu fördern und zu unterstützen. Politisch aktive Christinnen und Christen werden selber in der sich entwickelnden Genossenschaftsbewegung aktiv werden.

Dies beinhaltet auch, Ansätze zu einer Kooperation der Genossenschaftsbewegung auf europäischer Ebene zu stärken. Angesichts der Zentralisierung der Grossindustrie und der staatlichen Institutionen ist eine Kooperation der Genossenschaftsbewegungen im EG-Bereich ein Instrument, das die Interessen der Genossenschaftsbewegung auch auf EG-Ebene koordiniert zur Geltung bringen kann. Wichtiger als solche politische Reaktion auf die kapitalistische Struktur des Binnenmarktes ist freilich die Chance, die positiv im Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Genossenschaftsversuchen liegt.

d) Europäische Vernetzung christlicher Basisgemeinden und Genossenschaften

Die Herausbildung des EG-Binnenmarktes stellt eine Herausforderung an Christinnen und Christen dar, die in der Tradition des *Bergpredigt-Christentums* stehen. Jesus Christus verkündigte den Sieg des Reiches Gottes, die Erlösung und Befreiung aller Kreatur. Er ermutigte dazu, solche Befreiung schon vorläufig zu praktizieren: in christlichen Basisgemeinden, in genossenschaftlich geprägten christlichen Gemeinschaften und Gruppen. Solche Gemeinschaftsversuche eines politisch aktiven genossenschaftlichen Christentums hat es in den letzten Jahrzehnten immer wieder gegeben – nicht zuletzt im *Religiösen Sozialismus*.

Diese Gemeinschaftsversuche im nationalen Horizont gilt es europaweit zu vernetzen. Solche Bemühungen bringen einmal viele Möglichkeiten mit sich, voneinander zu lernen; zum andern können sie die Ausstrahlungskraft des Bergpredigt-Christentums engagierter zum Ausdruck bringen. Inhaltliche Zielsetzung muss es sein, über den neuen europäischen Kapitalismus hinausblickend, die Ragazsche *Perspektive des «Völkerbundes»* aufzugreifen: die Perspektive einer globalen, ökumenischen, genossenschaftlichen Gemeinschaft aller Menschen und einer Genossenschaft von Mensch und Natur.

Der EG-Binnenmarkt – und davon ausgehend die Europäische Union – kommt. Das Europa, das kommt, wird das Europa des Kommerzes, das Europa der Grosskonzerne, das Europa des Geldes sein. In diesem Europa gilt es, *Freiräume zu erkämpfen*: Freiräume für Menschen und Tiere, Freiräume für genossenschaftliches Leben, Freiräume für neue Formen von Arbeiten und Feiern, Freiräume für die Vielseitigkeit kultureller Kreativität, Freiräume für gegenseitige Hilfe, Freiräume für Solidarität mit den Menschen der «Dritten Welt», Freiräume für christliches Denken und Handeln. Dieses «Europa der Freiräume» könnte das «neue» Europa darstellen; denn ein «neues» Europa – im Sinne von Leonhard Ragaz – beinhaltet weit mehr als das «moderne» Europa des Binnenmarktes.